



# -Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

## Die Schuldenkrise in Europa ist noch nicht überwunden

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat

**Wie geht es weiter mit Griechenland? Wie entwickelt sich die Lage in der Ukraine? Diese und weitere Themen haben die EU-Staats- und Regierungschefs gestern in Brüssel beraten. Vorher gab Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Bundestag dazu eine Regierungserklärung ab.**

Dabei machte die Kanzlerin deutlich, dass wir in der Bewältigung der Schuldenkrise in Europa unter schwierigen Bedingungen zwar schon einiges erreicht hätten. „Dauerhaft und nachhaltig überwunden haben wir sie noch nicht, wir müssen uns weiter anstrengen“, sagte Angela Merkel. Sie stellte fest, dass voraussichtlich in diesem Jahr - erstmals seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise - alle Euro-Länder wieder ein Wirtschaftswachstum schaffen. „Das ist eine gute Nachricht“, bemerkte die Kanzlerin. Positive Signale gäbe es vor allem aus Spanien und Irland. Hier zeige sich, was entschlossenes Handeln und solidarische Unterstützung bewirken können.

„Wir haben uns nicht spalten lassen“

Deutliche Worte fand Angela Merkel beim Thema Ukraine. Die Dauer der Sanktionen richte sich nach der Erfüllung der in Minsk getroffenen Vereinbarung. „Wir können diese Sanktionen nicht aufheben, wenn nur erste Forderungen erfüllt sind. Das wäre falsch.“ Die Verzögerungen bei der Umsetzung des Abkommens von Minsk überraschen die CDU-Vorsitzende nicht. Es sei ihr immer klar gewesen, dass dieser Prozess nicht ohne Rückschläge ablaufen würde. Aber: „Anfänge sind gemacht.“ Angela Merkel appellierte an die anderen europäischen Staaten, die erfolgreiche gemeinsame Haltung nicht aufzugeben. Europa habe sich bewiesen. „Wir haben uns nicht spalten lassen. Ich möchte – und die ganze Bundesregierung möchte -, dass das so bleibt.“

Griechenland muss Zusagen einhalten

In der Griechenlandfrage rechnet Angela Merkel nicht mit einem schnellen Durchbruch. Weder auf dem EU-Gipfel noch beim für Montag geplanten Besuch des griechischen Ministerpräsidenten in Berlin sei mit einer Einigung zu rechnen. Die Kanzlerin verwies darauf, dass Vereinbarungen auch nur mit sämtlichen Mitgliedern der Euro-Zone möglich seien. Zugleich bekräftigte sie, dass Athen seine eingegangenen Zusagen einhalte müsse. Dies betonte in der anschließenden Debatte auch Volker Kauder. Das Wesentliche an Politik sei, dass man sich aufeinander verlassen können muss. „Wenn das nicht mehr gewährleistet ist, gehen die Dinge schief“, sagte er.

„TTIP ist notwendig für Wachstum“

Das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) ist für Angela Merkel ein weiteres wichtiges europäisches Projekt. Es biete große Chancen und sei notwendig für das Wirtschaftswachstum. Ohne Zölle und ohne unnötige Bürokratie sei es wesentlich leichter für deutsche Unternehmen, sich auf dem US-Markt zu behaupten. Im vergangenen Jahr seien die deutschen Exporte in die USA um sieben Prozent auf 96 Milliarden Euro gestiegen. Das zeige „das enorme Potenzial des amerikanischen Marktes“, sagte die CDU-Vorsitzende.

Sorge um Libyen und Tunesien

Der Europäische Rat werde sich, so Angela Merkel, auch mit der Lage in Libyen beschäftigen. Das Land – nur 100 Kilometer vor den Toren Europas - befände sich am Rande eines Bürgerkrieges. Terroristen und organisierte Kriminelle verbreiteten Chaos. Beunruhigt ist die Bundeskanzlerin auch über die Entwicklungen in Tunesien. Sie gedachte der Opfer des Terroranschlags von Tunis und stellte Tunesien deutsche Unterstützung in Aussicht. ■

### **Gewaltexzesse sind kein Kavaliersdelikt!**

Nicht erst seit den chaotischen Ausschreitungen in Frankfurt ist beobachten, dass Zwischenfälle bei Demonstrationen zunehmend brutaler werden. Eingeschlagene Scheiben in Ladengeschäften, Arztpraxen und Wohnhäusern. Selbst vor einer Notunterkunft für minderjährige Flüchtlinge des Kolpingwerkes machten die Blockupy-Demonstranten nicht halt. Bürgerkriegsartige Szenen und am Ende des Tages: 150 verletzte Polizisten, zwei davon schwer, und 26 festgenommene Randalierer. 65 zerstörte Polizeiautos, zwei Einsatzwagen gingen gar in Flammen auf. Das ist die Bilanz der Demonstrationen gegen die Eröffnung des neuen Gebäudes der EZB in Frankfurt. „Wenn ein Auto angezündet wird, in dem zwei Polizisten sitzen, dann reden wir nicht mehr von Widerstand gegen die Staatsgewalt. Dann reden wir von versuchtem Totschlag“, erklärt Bundesinnenminister Thomas de Maizière dazu vor dem Bundestag. Vertreter der „Linken“ versuchten in der Debatte, die Gewaltexzesse durch Kritik an einer angeblich unsozialen Politik der EZB zu verharmlosen. Dem widersprachen die Redner der Unionsfraktion vehement. Zugleich wurde die Befürchtung geäußert, beim anstehenden Gipfeltreffen der G7-Staaten im Sommer in Elmau könnten sich ähnliche Vorgänge wiederholen. Daher ist jetzt intensiv zu prüfen, wie der Gewalttourismus aus anderen europäischen Staaten verhindert werden kann. In Frankfurt fielen vor allem Gruppen italienischer Gewalttäter durch ihre besondere Brutalität auf. ■

### **Bundestag erinnert an Volkskammerwahl 1990**

25 Jahre nach der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 hat der Bundestag die Bedeutung dieses Ereignisses für die friedliche Revolution in der DDR und die deutsche Einheit gewürdigt. Die damals gewählte Volkskammer habe sich mit ihrem Beitrag zu einem „historisch ebenso beispiellosen wie beispielhaften Veränderungsprozess in Deutschland und Europa“ einen „herausragenden Platz in der deutschen Parlamentsgeschichte“ gesichert, sagte Parlamentspräsident Norbert Lammert in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder der Volkskammer. Er verwies zugleich darauf, dass die vor 25 Jahren erzielte Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent die höchste sei, „die es bei freien Wahlen in der deutschen Geschichte auf Bundes- beziehungsweise Reichsebene jemals gegeben hat“. Dies zeige, wie sehr die Menschen in der DDR dies damals als ein außerordentliches Ereignis empfunden haben. „Es wäre allzu schön, wenn das

Bewusstsein der Errungenschaft, in freien Wahlen selbst darüber befinden zu können, wie die eigenen Angelegenheiten geregelt werden sollen, in dieser Gesellschaft lebendig bliebe“, fügte Lammert hinzu. ■

### **Bund gibt mehr Geld für KiTa-Ausbau**

Das Bundeskabinett hat beschlossen, weitere 100 Mio. Euro für mehr Ganztagsplätze bei der Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Damit zeigt die Koalition, dass sie die Eltern kleiner Kinder, die auf einen Ganztagsbetreuungsplatz angewiesen sind, nicht im Stich lässt. Immer mehr Eltern, vor allem Alleinerziehende, wollen oder müssen erwerbstätig sein, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Viele arbeiten im Schichtdienst. Um auch diesen Eltern einen Betreuungsplatz anbieten zu können, müssen manche Einrichtungen ihr Angebot erweitern: Sie benötigen Küchen für die Mittagsverpflegung und Schlafräume für die Mittagsruhe der Kinder. Alle diese Maßnahmen können mit den Bundesgeldern finanziert werden. ■

### **Vorratsdatenspeicherung auf den Weg bringen!**

Nach langer Blockade hat sich der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erstmals öffentlich für eine neue Regelung zur Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Die Unionsfraktion begrüßt diesen Sinneswandel, denn jeder Tag ohne die Vorratsdatenspeicherung ist für die Sicherheit der Menschen in diesem Land ein verlorener Tag. Alle Sicherheitsexperten sagen uns, dass wir mit ihr erheblich besser nachvollziehen können, mit wem Terroristen telefonieren oder wer sich Kinderpornographie im Netz ansieht. Wir sollten unsere Sicherheitsbehörden hier ernst nehmen und die Speicherung von Verbindungsdaten unter strengen rechtsstaatlichen Auflagen auf den Weg bringen. ■

### **Gunther Krichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-70371, Telefax:030/227-76371

[gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)

[www.facebook.com/krichbaum.bundestag](https://www.facebook.com/krichbaum.bundestag)

[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)



Weitere Informationen?  
QR-Code scannen!

